



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Maulwurfsarbeit im Buchdruckgewerbe. — Feuilleton: Reifeplaudereien. (IX.) — Theodor Böhmelsburg †. — Zum Lohnkampf der Papierwarenarbeiter und -Arbeiterinnen in Wärschleben. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeigen.

Beilage: Ein Krankenkassenverband gegen die Sozialdemokratie. — Korrespondenzen (Hannover). — Rundschau.

Für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 44 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Maulwurfsarbeit im Buchdruckgewerbe.

Das ständig fortschreitende Erstarken der freien Gewerkschaftsbewegung wird von ihren natürlichen Gegnern, den Unternehmern, seit Jahren mit steigender Unruhe beobachtet. Die wirtschaftlichen Erfolge, die von der Arbeiterschaft mit Hilfe der Organisationen errungen wurden, haben das Unternehmertum veranlaßt, zu Abwehrmaßnahmen aller Art ihre Zuflucht zu nehmen, um den gefährdeten Profit vor der „Vegehrlichkeit“ der Arbeiter zu schützen. Die Gründung von Arbeitgeberverbänden, verbunden mit Streikversicherungen, die Einführung von schwarzen Listen, Aussperrungen, mit denen man ursprünglich partielle Bewegungen auf ganze Industriegruppen oder -Gebiete ausdehnte, um die Kräfte der Gewerkschaften schneller zu leeren und so ihre Aktionskraft rascher zu lähmen, alles das waren Mittel, die den Unternehmern keine oder nur geringe Erfolge brachten. Das, worauf es ihnen ankam, die Sprengung der verhassten Gewerkschaften, die gewollte und erhoffte Dezimierung der organisierten Massen, ist ihnen nie gelungen. Nach jedem Kampfe schlossen sich die Arbeiter nur um so enger an ihre Organisationen, und die verzweifeltsten Anstrengungen ihrer Widersacher prallten wirkungslos an dem geschlossenen Willen der um die Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Massen ab. Nun suchen die Scharfmacher auf der ganzen Linie nach neuen Mitteln und nach schärferen Waffen gegen die Gewerkschaften. Nachdem sie eingesehen, daß sie allein mit der Arbeiterschaft nicht fertig werden können, suchen sie Schutz und Hilfe in anderen Kreisen. Daß sie dabei in erster Linie bei den Behörden anknüpfen und versuchen, diese vor ihren Wagen zu spannen, ist nicht weiter verurkundlich. Hatten sie sich doch von jeher deren kräftigsten Beistandes bei den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft zu erfreuen. Polizeisäbel und -Revolver traten für die Geldsackinteressen bereitwilligst in Aktion. Maschinengewehre wurden aufgezahren, und die Streikjustiz hat kräftige Hilfe geleistet. Aber das alles genügt den Herrschenden nicht. Sie schreien nach mehr Schutz, sie wollen von den Machthabern des

Klassenstaates ganze Arbeit verrichtet wissen. Und die erblicken sie nur in der vollständigen Zerstörung der Arbeiterorganisationen. **K u s n a h m e g e s e z e** sollen geschaffen werden, das ist des Pudels Kern! **Schutz der Arbeitswilligen!** schreien die Scharfmacher in allen Tonarten und meinen damit nichts anderes als einen Schutz gegen das Verlangen der Arbeiter, auch als Menschen leben zu können. Um den wahren Charakter ihrer edlen Bestrebungen notdürftig verdecken zu können, bedürfen sie aber auch wirklicher Arbeitswilliger, die „geschützt“ sein wollen. Mit den Hünze-Gardisten und Kaczmarek-Brüdern ist in dieser Beziehung nicht viel anzufangen. Die haben den „Schutz“ ihrer wertigen Persönlichkeiten mit Messer, Gummischlauch und Revolver so nachdrücklich bezogen, daß vor ihnen an den Orten, wohin sie als nützliche Elemente berufen wurden, kein Lebewesen mehr sicher war. Ja, sie gingen in ihrem Latendrang so weit, sich gegenseitig zu durchlöchern und sich die Schädel einzuschlagen.

Nun erinnern sich die Herren Scharfmacher anderer Hilfstruppen, die sie gebrauchen können und die jedem ihrer Winke folgen, wenn sie zum Aufmarsch gegen die freien Gewerkschaften kommandiert werden. Schwarze und Gelbe, die einen nennen sich christliche, die anderen vaterländische „Gewerkschaften“, das sind die Mittel, auf die das Unternehmertum seine letzten Hoffnungen setzt. Nicht allein, daß sie von diesen wibernatürlichen Gebilden den organisierten, systematischen Streikbruch erwarten, sie sollen ihnen vor allen Dingen **s c h r e i e n** helfen nach verstärktem Schutz der Arbeitswilligen, sie sollen die Unterlage bilden für Ausnahme-gesetze, für die Anebelung und endliche Vernichtung der freien Gewerkschaften.

Und sie haben nicht schlecht kalkuliert, die Herren vom Schleifstein, in der Wertschätzung der „Christen“ sowohl wie der Gelben. Diese zeigten sich einander würdig in all ihrer Charakterlosigkeit. Was den Unternehmern noch fehlt an Raffinement und Strupellosigkeit bei der Bekämpfung der freien Gewerkschaften, das ergänzen jene Auck-Gewerkschaften mit den erbärmlichsten und schäblichsten Mitteln. Verrat, Demagogie und Verleumdung, das ist das Nützzeug jener Schutztruppen des Unternehmertums, mit dem sie der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiterschaft auf Schritt und Tritt entgegen zu wirken versuchen. Daß ihnen dabei auch nichts heilig ist, dafür liefern uns einige Erscheinungen im Buchdruckgewerbe aus der letzten Zeit den schlagendsten Beweis.

Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker hat sich dank dem ehrlichen Bestreben der Tarifträger, also der beiden im Gewerbe tonangebenden Organisationen, Deutscher Buchdrucker-Berein und Verband der Deutschen Buchdrucker, zu einem einzig dastehenden Kulturwerk ausgebaut. Die Rechte und Pflichten aus dem tariflichen Arbeitsvertrag sind bis ins kleinste Detail geregelt, und jeder der beiden Kontrahenten, Prinzipale sowohl als auch Gehilfen, wirken bei

der Festsetzung der tariflichen Bestimmungen gemeinschaftlich mit. Dieses Mitbestimmungsrecht aber, das hierbei die Gehilfen besitzen, das ist es gerade, was von jeher den Scharfmachern in und hauptsächlich außerhalb des Gewerbes ein Dorn im Auge war. Was gilt diesen Leuten der gewerbliche Frieden, wenn sie nicht allein die Herren im Hause sein können, wenn sie nicht rücksichtslos die Peitsche über den Arbeitsflaven schwingen können. Dieser Serrenstandpunkt läßt sie blind werden gegen alles, was bis heute die Tarifgemeinschaft für das gesamte Gewerbe gutes und segensreiches geleistet hat. Sie schiden sich auch hier an, zerstörend einzufallen, und weil sie nicht ohne weiteres an die verhasste sturle Gehilfenorganisation heran können, versuchen sie ihre Maulwurfsarbeit an der Tarifgemeinschaft selbst. Und hierbei bedienen sie sich, genau so, wie wir es oben geschildert haben, auch einer schwarzgelben Prätorianergarde, die in ihrem Haß gegen die freien Gewerkschaften natürlich zu allem zu gebrauchen ist.

Bevor wir aber in dem Charakteristikum der Scharfmacher im typographischen Gewerbe und ihrer Schutztruppen fortfahren, wollen wir unseren Lesern Gelegenheit geben, die derzeitige Situation nach dem kürzlich erschienenen Geschäftsberichte des Tarifamtes für das Geschäftsjahr 1911/12 selbst kennen zu lernen. Wir halten die Einleitung zu diesem Berichte für so wichtig und ganz besonders auch für unsere Kollegenchaft beachtenswert, daß wir sie hier wörtlich folgen lassen. Das Tarifamt schreibt:

Gott grüß' die Kunst! Mit diesem alten Buchdrucker-Druck, der dem Wanderer Türen und Hände öffnet, den man überall hört, wo sich Buchdrucker zu löblichem Tun aufzusammeln, und der zum Ausdruck bringt, daß das Gewerbe Blüten und Gehilfen der Kunst und das Ziel jeden Buchdruckers ist — wurden die dreizehntägigen Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker am 7. Oktober 1911 geschlossen. Die Revision des Deutschen Buchdrucker-Tarifs war beendet! Die berufenen Vertreter der Prinzipale und Gehilfen hatten sich über ein neues Tarifabkommen verständigt, und da die Beschlüsse des Tarifausschusses für die Vertragsparteien bindende Kraft haben, so war der gewerbliche Frieden auf die weitere Dauer von fünf Jahren garantiert. Die Tarifgemeinschaft blieb bestehen und durfte sich ansiedeln, ihre bisherige Tätigkeit weiter auszuüben, und zwar mit dem vorläufig feststehenden Ziele: bis zum 31. Dezember 1916. Nicht nur die Mitglieder des Tarifausschusses atmeten auf, als sie nach dreizehntägigem schweren Ringen die Stätte ihrer Tätigkeit verlassen konnten, sondern das ganze Gewerbe fühlte sich nach beendeter Tarifberatung von einer starken Spannung befreit, nachdem die Würfel über gewerblichen Frieden oder Krieg in den meisten Fällen gefallen waren.

Die Frage, ob der gewerbliche Frieden zu teuer erkauft sei, wurde natürlich sofort nach Bekanntwerden der Beschlüsse des Tarifausschusses der Gegenstand eifrigster Erörterungen in Prinzipal- und Gehilfenkreisen, mit dem Resultate, daß eigentlich keine der Tarifparteien sich befriedigt zeigte, sondern mehr oder weniger scharf das Resultat der Tarifberatungen bemängelte

oder verurteilte. Nun ist das an sich keine neue Erscheinung. Nach jeder Tarifrevision haben örtliche oder Kreisvereinigungen ihren Unwillen über die Beschlüsse des Tarifausschusses zum Ausdruck gebracht, und es hat Gehilfenfreize gegeben, die laut und vernünftig zur Ablehnung der Beschlüsse des Tarifausschusses aufgerufen haben. Während früher diese Unzufriedenheit mit dem Ergebnisse der Tarifberatungen vornehmlich in Gehilfenkreisen sich bemerkbar machte, ist dies nach der verflochtenen jüngsten Tarifberatung auch in Prinzipalstreifen in gegen früher wesentlich vermehrtem Umfang in die Erscheinung getreten.

An dieser Tatsache dürfen wir nicht stillschweigend vorübergehen. Das Tarifamt ist als geschäftsführende Stelle des Tarifausschusses vielmehr verpflichtet, die Verantwortung für die Beschlüsse des Tarifausschusses zu tragen und die Mitglieder desselben gegenüber einer etwa unberechtigten Kritik zu schützen. Deshalb ist es notwendig, auf die Beschlüsse des Tarifausschusses kurz einzugehen. Das soll geschehen in einer ganz knapp gefassten Gegenüberstellung der für die Tarifrevision geäußerten und von dieser erfüllten Wünsche beider Tarifparteien.

Gehilfenfreize war im besonderen das Verlangen nach einer ansehnlichen Lohnerhöhung; nach einer Verkürzung der Arbeitszeit; nach Einschränkung der Ueberarbeit; nach erhöhter Entschädigung für Ueberarbeit; nach Erhöhung und Einführung von Sozialzuschlägen und nach Herabsetzung der Lehrlingslöhne festgestellt worden. Bewilligt wurde eine Lohnerhöhung, die dem Gehilfen bei fortgesetzter gesteigerter Verteuerung der Lebensbedingungen sein Auskommen erleichtern sollte; ebenso eine geringe Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit; die Ueberarbeit wurde nicht eingeschränkt; die Entschädigung für die Ueberarbeit wurde nach elf Arbeitsstunden erhöht; die Lehrlingslöhne blieben unverändert und wurde nur reformiert, um dem Ausländern unzureichend Ausgebüeter zu steuern. Die Tarifberatung brachte aber auch aus dem gegenseitigen Konzessieren noch mancherlei Vorteile für die Gehilfen, sodaß diese mit dem Gesamtergebnisse zufrieden sein konnten. Daß ein großer Teil der Gehilfenschaft das nicht einsehen wollte, kann an dieser Tatsache nichts ändern.

Die Prinzipalität beanspruchte u. a. eine prinzipielle Regelung der Sozialzuschläge; Einführung der Alfordarbeit an Sebmashinen in Werkbetrieben; einheitliche Entlohnung und Arbeitszeit der Maschinenseker und deshalb verlängerte Arbeitszeit im Zeitungsbetrieb und ein nach unten verändertes Lohnminimum im Werkbetriebe; wichtige Änderungen in den Druckerbestimmungen, solche bezüglich der Vertrauensmänner und eine Umwandlung in der Organisation der tariflichen Ehrengerichte; schließlich noch erhöhte Mindestleistungen der Maschinen-

seker und gegenüber allen Gehilfen ein uneingeschränktes Kontrollrecht über deren Leistungen. Diese Wünsche haben Erfüllung gefunden, wenn auch vielleicht nicht in dem erhofften Umfang. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die Berücksichtigung eines Teils dieser Wünsche ein Rücksichtsbewahren des Tarifs für die Gehilfenschaft bedeutet hat, dem die Vertreter derselben aber zustimmten, um das Zustandekommen einer neuen Tarifvereinbarung möglich zu machen.

Das Resultat der Tarifberatung besteht also darin, daß die Vertreter beider Tarifparteien sich zu Opfern bereit erklärten, die einerseits auf Berücksichtigung der verteuerten Lebensbedingungen und auf dem Willen, die Lebenslage der Gehilfen heben zu wollen, beruhten; andererseits war dafür maßgebend das Bestreben, aus der beruflichen und tariflichen Praxis sich ergebende Erfahrungen nicht hartnäckig ableugnen und der hieraus sich ergebenden Kubanwendung nicht entgegenzutreten zu wollen, und ferner der feste Wille, den Klagen von dem gewaltsamen Niederhalten des technischen Fortschritts im Buchdruckgewerbe ein Ende zu bereiten.

Es ist also nicht etwa im Oktober 1911 für das Buchdruckgewerbe ein Frieden um jeden Preis abgeschlossen worden, sondern beide Tarifparteien haben sich zu Konzessionen bereit gefunden, die als durchaus gleichwertig zu bezeichnen sind. Aus dem parlamentarischen dreizehntägigen Ringen um den gewerblichen Frieden sind also weder Sieger noch Besiegte hervorgegangen, sondern man hat in nützlicher Erwägung der gegenseitigen Angebote einen Vertrag geschlossen, dessen Bedingungen auf dem Grundsätze des Leben und Lebenslassens aufgebaut sind.

Durch diesen Vertrag ist der gewerbliche Frieden auf die Dauer von fünf Jahren garantiert. Dessenungeachtet kann von einer besonders friedlichen Stimmung in unserm Gewerbe zurzeit leider nicht die Rede sein. Die Bestimmungen des Tarifs sind zwar allorts mit nicht nennenswerter Ausnahme fristgemäß zur Einführung gekommen, aber es ertönt in allen Ecken und Winkeln, und es tritt eine Unzufriedenheit zutage, die im Interesse unserer Tariffache nur zu bedauern ist. Schuld hieran soll der Lohnstarif tragen, dessen Zurechnung der Prinzipalität zu hohe Opfer auferlegt haben soll; auch sonst soll der Tarif nach Ansicht der Prinzipalität verbesserungsbedürftig sein; ebenso soll noch immer eine Hemmung des technischen Fortschritts durch den Tarif vorliegen.

Wir geben zu, daß an einen großen Teil der Prinzipalität bei Erfüllung der ihnen durch den revidierten Tarif auferlegten Pflichten hohe Anforderungen gestellt worden sind, durch die sich die vorhandene Unzufriedenheit erklären läßt; namentlich seitens derjenigen Prinzipale, denen neben der Lohnerhöhung noch die Zahlung eines

erhöhten oder neu eingeführten Sozialzuschlags auferlegt wurde. Man sollte in dieser Unzufriedenheit aber nicht übersehen, daß in dem Umfange der Tarifserhöhung die Aufbesserung der Lebenslage der Gehilfen nicht vor sich gegangen ist, sondern daß ein Teil der Lohnaufbesserung ohne Ausnutzung für die Gehilfen den verteuerten Lebensbedingungen geopfert werden mußte. Auf die Verteuerung aller zum Leben notwendigen Mittel hat sich die Gehilfenschaft bei ihrer Forderung auf Erhöhung des Lohnes gestützt. Und sicher mit Recht! Wie anders soll dem Gehilfen eine ausreichende Ernährung seiner Familie möglich sein als durch eine Erhöhung des Lohnes, die eine Bestreitung der verteuerten Lebensbedingungen ermöglicht? Natürlich wendet sich der Gehilfe mit diesem Verlangen an seinen Prinzipal, denn wohin sonst soll er sich wenden. Aber ebenso selbstverständlich ist es fast der Gesamtheit der Prinzipale nicht möglich, unter dem gleichen Drucke verteuerten Lebensbedingungen die Löhne der Gehilfen zu erhöhen zu können, wenn nicht gleichzeitig eine angemessene Erhöhung der Druckpreise vor sich geht.

Dieser Standpunkt vertritt auch die Gehilfenschaft. Sie hat das Versprechen gegeben, für Durchführung besserer Druckpreise mit der ganzen Kraft ihrer Organisation eintreten zu wollen, weil sie der Ueberzeugung ist, daß ein angemessener Lohnstarif sich nur aufrecht erhalten läßt, wenn im Gewerbe gesunde Konkurrenzverhältnisse herrschen, und wenn der Preis für die Druckerzeugnisse wirklich dem Werte der Arbeit entspricht.

Leider sieht es in dieser Beziehung in unserm Gewerbe wenig erfreulich aus. Dafür aber sollte man nicht den Lohnstarif und die Tarifgemeinschaft verantwortlich zu machen suchen. Mangelnder Zusammenhalt unter der Prinzipalität ist jedenfalls nicht das Produkt der Tarifgemeinschaft. Das Unterbieten der Druckpreise; das gegenfällige Abjagen der Arbeit um jeden Preis; die Gründung zahlreicher neuer Druckerien ohne jedes Betriebskapital und auf Kredit bei den Druckerlieferanten, ist in unserm Gewerbe leider zu einer dauernenden Einrichtung geworden. Das bisherige Bemühen, auf dem Wege kollektiven Einspruchs solchen Verfahren zu steuern, war ein Schlag ins Wasser und führte statt zu einem Zusammenhalten der Prinzipalität immer mehr zu einer Trennung derselben. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Prinzipalität ohne Mitarbeit der Gehilfenschaft nicht imstande ist, Ordnung in diese heillosen zerrütteten Zustände auf dem Konkurrenzgebiete zu bringen, und sie hat sich deshalb gelegentlich der letzten Tarifrevision auf Grund ihrer Zugeständnisse die besondere Mitarbeit der Gehilfenschaft auf diesem Gebiete gesichert. Die Prinzipalität und die Gehilfenschaft müssen zur Erreichung des gesteckten Ziels: gesunde Konkurrenz auf der Basis des Deutschen Druckpreistarifs, ein gewaltiges Stück Wegs zusammen-

Reiseplaudereien.

Von Ad. Tzielle.

IX. Genua.

Nur fünfzehn Kilometer von der Grenzstation Ventimiglia entfernt liegt anmutig und gegen rauhe Nordwinde durch eine halbkreisförmige Gebirgswand geschützt, an einer breiten Bucht die Stadt San Remo, weiteren Kreisen bekannt geworden durch den Aufenthalt des einjährigen Kronprinzen Friedrich im Frühjahr 1888.

Das Fahren auf italienischen Eisenbahnen ist nicht immer vergnüglich. Die Wagen dritter Klasse sind selten sauber; den oberen Wagentritt bildet ein schmaler Brettabschnitt, der höchst unbequem senkrecht über dem unteren Trittbrett steht; vor allem aber fällt die Sitze auf, die Fenster während der Fahrt auf beiden Seiten offen zu lassen. Passiert der Zug einen der unendlich vielen Tunneln, dann füllt sich der Wagen mit unbeschreiblichem Qualm, und kaum hat er Zeit gehabt, sich zu verflüchten, so bringt der nächste Tunnel neuen Qualm. So setzt sich die amüsante Abwechslung stundenlang fort. Daß selbst so stark benutzte Linien wie die von Genua nach Nizza in der Hauptsache eingeleitet sind, mag seine Ursache in der Beschaffenheit des Geländes haben; erhöht wird jedoch durch das häufige und lange Warten der Züge auf den Stationen, bis ein entgegenkommender Zug vorüber ist, die Unnehmlichkeit der Fahrt nicht, abgesehen davon, daß die Unpünktlichkeit nach deutschen Begriffen eine erstaunliche ist. Sie bildet die Regel, Pünktlichkeit eine überraschende Ausnahme.

Genua ist die belebteste Hafenstadt Italiens. Ein ausgedehntes Straßenbahnnetz vermittelt den Verkehr mit den stundenweit am Golf sich hinziehenden Vororten. Mit ihnen soll Genua jetzt 300 000 Einwohner zählen. Ist schon die natürliche Lage am Fuße imposanter Bergketten ungewöhnlich malerisch, so festelt uns auch das ungezwungene, lebhaftes Treiben. Im Hafen von Hamburg ist der Mastenwald kaum so dicht und so ausgedehnt, wie im Hafen von Genua. Hier im Hafen konzentriert sich das Leben.

Im Gegensatz zu dem Gewirr der engen, oft steilen Gassen der inneren Stadt stehen die breiten, von Laubbäumen oder Palmen eingerahmten neueren Straßen mit ihren Palästen, modernen Kaufhäusern, Banken und öffentlichen Gebäuden. Schon hier fällt auf, was sich in jeder italienischen Stadt wiederholt: die Häufigkeit großer und künstlerisch hervorragender Denkmäler. Keine hölzernen dastehenden Puppen, wie sie oft in Deutschland als Denkmäler bezeichnet werden, sondern Marmor- oder Bronzegefallen voll strotzenden Lebens. Wer die italienische Bildhauerkunst in ihrer höchsten Entfaltung bewundern will, der besuche den Campo Santo, einen der größten Friedhöfe Italiens im Nordosten der Stadt. Wie hier in die Marmorfiguren der mächtigen Wogenhallen tiefer Schmerz, wunschlose Enttäuschung oder gläubige Hoffnung hineingehaucht worden ist, ergreift jeden. Das ist Kunst, wahre Kunst, die auch den Laten packt.

Und noch ein Unterschied. Auch Viktor Emanuel und Humbert haben fast in jeder Stadt ihr Denkmal. Aber überwiegend sind die Denkmäler für Garibaldi und andere Freiheitskämpfer,

für Künstler, Dichter, Gelehrte und freigesinnte Staatsmänner.

Eine recht unangenehme Erscheinung ist in Italien das „falsche Geld“. Silber bekommt man außer den ganzen oder halben Lirestücken (1 Lira gleich 80 Pf.) überhaupt kaum zu sehen. Was mehr ist, kauft man in Papiergeld, was weniger ist, wird in Kupferstücken von 1 Solbo oder 2 Solbi (4 bzw. 8 Pf.) bezahlt. An einem Fahrkartenschalter legte ich einmal sechs einzelne Lirestücke hin. Der Beamte schob mir drei als falsch zurück; es waren außer Kurs gezogene, sonst aber echte Stücke, die natürlich mit Vorliebe dem abnungslösen Fremden aufgehängt werden. Dieser Mißstand geht durch ganz Italien. Du bist verraten und verkauft, zumal wenn du die Landessprache nicht verstehtst und nicht weißt, was der in dich hineinfuttert, der dir das Geld zurückschickt. Mein italienischer Wortschatz bestand aus vielleicht zehn Wörtern, als ich nach Genua kam; jetzt mögens einige zwanzig sein. Aber warum man mir schier überall, bald im Restaurant, bald auf der Straßenbahn, bald an der Bahn, bald beim Händler meine Silberstücke oder Kupferstücken zurückweist, weiß ich heute noch nicht. Ich gewöhnte mich bald, die Sache von der humoristischen Seite zu nehmen, steckte die Ausfälligen beiseite und bin dann auf der Heimreise in der Südschweiz das ganze Kupferbergwerk samt den verfeinerten Silberklängen wieder losgeworden, bis auf einige Krüppel, die allzu anfällig sein mochten.

Ein Nachleben hat Genua wie nur irgend eine genußfreundige Großstadt. In der Galleria

gehen, und es wird nicht zuletzt gerade die Gehilfenschaft zu Opfern sich bereit finden müssen. Daß sie hierzu bereit ist, wissen wir.

Dieses Zusammengehen der Prinzipalität und Gehilfenschaft war aber schon in der vorausgegangenen Tarifperiode, in der zum ersten Male die Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz als gemeinsamer Programmpunkt aufgestellt wurde, einem Teile der Prinzipalität nicht angenehm. Die Folge davon war, daß die Mitwirkung der Gehilfenvertretung in den mit der Untersuchung der vorliegenden Klagen betrauten Untergorganen nicht mehr gewünscht wurde. Trotzdem die Parität aller unserer Tariforgane die gleichmäßige Befestigung derselben durch Prinzipale und Gehilfen zur Voraussetzung hat, leisteten die Gehilfen Verzicht auf die Befestigung dieser Elemente, nachdem sie erfahren, daß damit eine wesentliche Erleichterung der Einführung des Druckprestarifs geboten sei. Dieser Verzicht der Gehilfen auf ein Prinzip des Tarifs: paritätische Befestigung aller Tariforgane, ist seitens eines großen Teils der Prinzipalität nicht genügend gewürdigt worden.

Aber trotz dieser Umwandlung und Ausgestaltung der früher nur untersuchenden, jetzt aber rechtspredenden tariflich-kollektiven Organe ist die Abneigung gegen das Bemühen, wirkliche Ordnung im Gewerbe zu schaffen und das Gewerbe auf seiner Höhe zu erhalten, keine geringere geworden. Im Gegenteil haben die mit der Durchführung dieses Programms jetzt schärfer in den Vordergrund getretenen notwendigen Maßnahmen eine unfreundliche Haltung gegen die Tarifgemeinschaft erzeugt, die man von interessierter Seite allerdings nicht damit begründet sehen will; vielmehr bemüht man sich, diesen Unwillen mit andern Bestimmungen des Tarifs zu erklären; ja, selbst die Struktur des Lohntarifs muß dabei herhalten.

Das Tarifamt hat seine Obliegenheiten und seine Maßnahmen lebhaft nach den tariflichen Vorschriften zu treffen, und es ist ihm ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden, sich hierüber jeden Einflusses auf die Prinzipals- oder Gehilfenorganisation zu enthalten. Trotzdem muß natürlich das Tarifamt wichtige Beschlüsse der Organisationen mit Aufmerksamkeit verfolgen und dahin prüfen, welchen Einfluß diese Beschlüsse eventuell auf die Tarifgemeinschaft haben oder nehmen können. In dieser Betrachtung gibt uns zurzeit nur der Verlauf der Breslauer Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins den Anlaß.

Die Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins im Juni d. N. hatte als wichtigsten Beratungsgegenstand eine Ausdrucksüber den gegenwärtigen Stand des Deutschen Buchdruckerlohntarifs auf der Tagesordnung. Ein ausführliches Protokoll hierüber ist nicht er-

schienen. Dem Tarifamt ist nur bekannt, daß die Beschlüsse des Tarifausschusses vom September-Oktober 1911 nicht die Zustimmung dieser Generalversammlung gefunden haben, und daß infolgedessen die Bildung einer besonderen, sofort ins Leben tretenden Tarifberatungskommission beschlossen wurde.

Als der Tarifausschuß am 7. Oktober 1911 nach Schluß der Beratungen auseinanderging, war die Mehrzahl der Mitglieder desselben allerdings der Meinung, daß durch die völlige Umarbeitung des Tarifs nun endlich einmal etwas möglichst Vollkommenes geschaffen worden sei, das berechtigten und auch besonders weitgehenden Wünschen entsprechen werde. Diese Auffassung scheint von der Mehrheit der Prinzipale nicht geteilt zu werden. Natürlich kann es dem Tarifamt nur recht sein, wenn die Tarifparteien Mittel und Wege suchen und finden, um die heute dem Tarif etwa wirklich anhaftenden Mängel gelegentlich der nächsten Tarifperiode beseitigen zu können. Feste Programmpunkte für diese schon jetzt beginnenden Vorberatungen dürften wohl noch nicht aufgestellt sein, und da sei es uns gestattet, daran zu erinnern, daß früher, und namentlich noch in der ersten Tarifperiode, auch auf Gehilfen Seite solche Tarifkommissionen bestanden, die sich die Aufstellung von Gehilfenanträgen und die Revision und Umarbeitung des Tarifs zum Ziele gesetzt hatten. Der Tarifausschuß hat diese Kommissionen natürlich niemals als eine Gehilfenvertretung anerkannt, und er hat zu denselben weder in irgendwelchen Beziehungen bestanden, noch sind Vorschläge solcher Kommissionen zur Beratung zugelassen worden. Die Gehilfenschaft hat diese Kommissionen aufgegeben, und zwar insbesondere deshalb, weil diese Kommissionen ihre Wünsche zum Tarife fast ausschließlich unter eng lokalem Gesichtswinkel stellten, deren Berücksichtigung vielleicht für Schaffung lokaler Tarife möglich gewesen wäre, die aber in den Rahmen eines allgemeinen geltenden Lohntarifs nicht paßten. Diese lokal gefärbten Wünsche unter einen Hut zu bringen, hat sich als unmöglich erwiesen, und deshalb sind diese Kommissionen nach und nach der Auflösung verfallen.

Betrachtet es die Prinzipalskommission als ihre Aufgabe, den Tarif nach einer Richtung zu revidieren, die den Gehilfen ein Zusammengehen mit der Prinzipalität auf tariflichem Gebiete für fernherhin nicht mehr ermöglichen sollte, so würde eine solche Arbeit natürlich die Auflösung der Tarifgemeinschaft herbeiführen. Daß eine solche Absicht besteht, halten wir zwar für ausgeschlossen, fühlen uns aber verpflichtet, trotzdem auf die Folgen einer solchen Arbeit aufmerksam zu machen. Sollten anderseits die Beschlüsse dieser Kommission ein gebundenes Mandat für die Mitglieder des Tarifausschusses bedeuten, so ist ganz selbstverständlich, daß auch die Gehilfen Seite ihre

Vertreter mit gebundenem Mandate zur Verhandlung schicken wird. Natürlich kann dann von Verhandlungen überhaupt nicht mehr die Rede sein. Wie schon gesagt, die Anregung zu wirklichen Verbesserungen des Tarifs wird jederzeit willkommen sein; wenn aber beide Tarifparteien solche Kommissionen einsetzen, so befürchten wir, daß eine jede Kommission im Sinne der verschiedenenartigen und getrennten Interessen am Tarife reformieren wird, und daß das Ergebnis einer solchen Reformation die an sich schon äußerst erschwerte Verständigung zweier Tarifparteien unmöglich machen wird.

Die vorgenannte Generalversammlung hat ferner die Bildung eines Fonds für besondere Zwecke beschlossen. Da dieser Beschluß in Zusammenhang mit der Tarifdebatte gefaßt ist, erblickt die Gehilfenschaft hierin die Gründung eines Fonds, der einmal gegen die Gehilfenschaft Verwendung finden soll. Obwohl das Tarifamt auch über die mögliche Verwendung dieses Fonds feinerlei Aufschlüsse besitzt und solche auch selbstverständlich nicht zu verlangen hat, ist es doch der Überzeugung, daß dieser Fonds die Prinzipalsorganisation für eventuelle Zwecke kapitalträchtiger machen soll, und zu diesen Zwecken würde natürlich gegebenenfalls auch die Mithilfe zu einem Kampfe gehören, der sich aus etwaiger Aufhebung der Tarifgemeinschaft entwickeln müßte.

(Fortsetzung folgt.)

Theodor Bömelburg †.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat einen großen Verlust zu beklagen. In den Abendstunden des 17. Oktober ist der erste Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Theodor Bömelburg, im Darmstädter Krankenhaus gestorben. Weit hinaus über den Kreis der deutschen Bauarbeiter, denen der Verstorbene ein hochbegabter Führer war, hat die Todesnachricht unter der Arbeitererschaft Schmerz und Trauer ausgelöst, denn der Name Bömelburg wie sein Träger war sowohl in der gesamten Gewerkschafts- wie in der Parteibewegung geehrt und geachtet.

Am 27. September 1862 in dem kleinen Dorfe Westönnen im Kreise Soest als Sohn eines armen Dorfsproletariats geboren, wurde Bömelburg frühzeitig in den Kampf um das Leben hineingeworfen. Er erlernte nach dem Austritt aus der Dorfschule das Maurerhandwerk und lebte dann bis zu seiner Militärdienst im westfälischen Industriegebiet. Hierauf zog er nach Hamburg, wo er sich der Arbeiterbewegung anschloß, in der er bald die in ihm schlummernden Kräfte entfalten konnte. Nach kurzer Zeit wurde er mit wichtigen Posten in der Hamburger Maurerorganisation, deren Leiter er einige Jahre hindurch war, betraut. Im Jahre 1893 wurde er zum ersten Vorsitzenden des Zentralverbandes der Maurer gewählt. Um jene Zeit war es um die Organisation der Maurer traurig bestellt. Die schwere Krise lag wie ein Alp auf dem ganzen Organisationsleben und verbreitete Verbittertheit und Mutlosigkeit. Es war eine schwere Aufgabe, die des neuen Vorsitzenden harrte. Aber keiner hätte ihre Lösung besser bewältigen können als gerade Bömelburg. Denn Bömelburg vereinigte in sich alle die Eigenschaften, die dazu erforderlich waren. Er war ein glänzender Agitator, besaß daneben ein erstaunliches Organisations Talent, einen sicheren Blick für die Eigenschaften anderer und war dazu ein gewiegter Taktiker. Als Redner wußte er seine Zuhörer stets zu fesseln und meistens zu überzeugen. Für seine Eigenschaften als Organisator legt die nahezu zwei Jahrzehnte von ihm geleitete Maurerorganisation Zeugnis ab. Er vertiefte sich nie auf andere, sondern wirkte in allem mit, was sein Gebiet berührte. Keine Sache war ihm zu klein. Sein taktisches Geschick hat sich in vielen, vielen Fällen und am glänzendsten wohl in der großen Bewegung des Jahres 1910 bewährt.

Mit diesen Eigenschaften verband sich ein reiner goldblauer Charakter, der dem Verstorbenen ein so großes Maß an Verehrung und Achtung gebracht hat.

Nun ist ein großes, arbeitsreiches und talentvolles Leben beschloffen. Und die deutsche Arbeiter-

Romisch wirkt in den engen Gassen der Innenstadt das Aushängen der Wäsche auf Reinen, die in den oberen Etagen von Haus zu Haus quer über die Straße gezogen sind. Schreitet man die hochgelegene Via Valbi entlang und blickt dabei in die vielen, nach dem Hafen zu steil abfallenden Gassen, so bieten die im Winde flatternden Wäschestücke, Männerhemden, Frauenhosen, Kinderwäsche im bunten Gemisch eine eigenartige Straßenszenerie.

Der Dampfer macht sich zur Abfahrt fertig. Zehn- bis vierzehnjährige Bengel springen splitternaht vom Rande des Pier neben dem Schiffe ins Wasser und tauchen wie die Fische nach den Kupfer- und Nickelmünzen, die vom Schiffe aus ins Wasser geworfen werden. Die gewaltigen Dampftrabbe bewegen ihre eisernen Riesenarme. Mertaufende von Arbeitern sind mit dem Löschen der Schiffe oder ihrer Befrachtung beschäftigt. Das ist Hafenarbeit, Hafenleben. Ein langgezogener tiefer Brummtönen entsteigt dem Schloße unseres Dampfers; die Schiffstapelle spielt auf; Tau um Tau wird gelöst, langsam schiebt sich der Koloss am Pier hin, bis er freies Wasser hat; dann setzen die Schrauben kräftiger ein; schneller und schneller schwebt das Schiff auf dem Wasser dahin, bis es den Abvortort, den Vorhafen von Genua, mit seinen drei Kilometer langen Molen hinter sich und das offene Meer gewonnen hat. Die letzte Strecke unserer Fahrt hat begonnen. Es geht Neapel zu.

Mazzini reißt sich ein modernes Café, ein elegantes Restaurant, ein verschwiegendes Wein- und Likörstübchen ans andere. Münchener Bier gibt's jetzt überall, auch in Südtalien. Die meisten größeren Städte haben neuerdings eigene Brauereien, die ein leibliches Getränk verzapfen. Wer sich auf die Weinprobe verlegen und von jeder Sorte der in der Nachbarschaft erbauten Weine ein Gläschen versuchen wollte, würde schwer nach Hause zu tragen haben.

Von den Polizisten würde ihm allerdings keine Gefahr drohen. Sie stehen in ihren langen, zweifelhäftigen schwarzen Gehrocken, mit dem Käppi auf dem Kopfe und dem oben mit einem Knopf versehenen Stocke in der Hand ruhig da und lassen dich deine Differenz mit den Weingeistern ganz allein austragen.

Eine kleine aber charakteristische Szene. Wir kamen abends 11 Uhr am Rathaus vorbei. Es war offen; einige Bureaus hatten Nachdienst. Da unsere Zeit in Genua nur kurz bemessen war, fragten wir den Portier, ob wir uns das Innere ansehen könnten. Er bejahte ohne weiteres und hat uns — Treppen und Galerien waren erleuchtet — herumgeführt, die großen Sturz- und Wandgemälde erklärt und alles gezeigt, selbst das Zimmer, in dem der Ständebesamte die Vermählungen vornimmt. Nicht durch das abgeschmackte deutsche militärische Honneur, sondern durch eine großzügige Verbeugung dankte er für die ihm verabreichte Brau. — Auch die kleineren Geschäftsläden sind bis gegen Mitternacht geöffnet. Jeder schließt, wann er will; eine gesetzliche Ladenschlußstunde gibt es so wenig wie in England.

schafft wird das Andenken an einen ihrer besten Führer stets dankbar in Ehren halten.

* * *

Am Montag, den 21. Oktober, fand im großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses eine große Trauerfeier statt. Reichstagsabgeordneter Frohne hielt eine ergreifende Gedächtnisrede. Dann sprach im Namen der Generalkommission der Gewerkschaften Genosse Bauer. Ihm folgte Genosse Friß Ebert vom Parteivorstand. Genosse Scheidemann überbrachte die letzten Grüße der Reichstagsfraktion. Nach dem Gesange des Liedes „Ein Sohn des Volkes“ wurde unter Harmoniumklängen der Satz geschlossen. Und dann ging es in langem, ernstem Zuge durch die von Proletariernmassen umfüllten Straßen hinaus nach dem stillen, in den Farben des Herbstes prangenden Totenhain des Ohlsdorfer Friedhofes. Hier sprach am offenen Grabe Genosse Winnig, der noch einmal daran erinnerte, was die deutschen Bauarbeiter und die gesamte Arbeiterbewegung an Böhmlenburg verloren haben. Dann senkten sich, während Genosse Frohne einen letzten Nachruf sprach, die Fahnen über dem frischen Grabe. Blumenpenden, die aus allen Ecken des Reiches eingelaufen waren, wälzten sich über dem Hügel. Unter den auswärtigen Trauergästen befand sich auch Dr. Erdmann, der Böhmlenburgs Nachfolger im Reichstage ist. Auf den meisten Bänken in Hamburg hat die Arbeit am Montag geruht.

Bum Lohnkampf der Papierwarenarbeiter und -Arbeiterinnen in Adlersleben.

Die Kollegenschaft steht nimmehr bei der Firma S. C. Bestehorn fünf Wochen und bei den Firmen Georg Gerson und Hoppe u. Unger vier Wochen im Streit. Der Zusammenhalt der Streikenden ist gut, die Kollegenschaft ist bereit, den Kampf bis in seine letzten Konsequenzen durchzuführen. Mehr und mehr stellen auch die Heimarbeiterinnen nicht nur in Adlersleben, sondern auch in der Umgegend die Heimarbeit ein. Genau läßt sich deren Zahl nicht feststellen, nach Schätzungen werden zwischen 400 bis 500 Heimarbeiterinnen die Arbeit eingestellt haben. Die Firmen befinden sich infolgedessen in großer Verlegenheit. Von der Firma S. C. Bestehorn sind dauernd einige Beamte unterwegs, um die Heimarbeiterinnen in ihren Wohnungen aufzusuchen. Die Heimarbeiterinnen, die noch arbeiten, bekommen soviel Arbeit mit, daß zu Hause die ganzen Familien mit arbeiten müssen. Auf die Zustände in der Heimindustrie werden wir in einem späteren Artikel zurückkommen. Hervorheben wollen wir nur, daß sie geradezu standalöser Natur sind. Bei einer kürzlich durch die Streikleitung erfolgten Kontrolle eines Teiles der Heimarbeiterstätten wurden in einem Tage 22 Kinder gezählt, die, noch nicht der Schule entwachsen, in der Heimindustrie mit Lütenleben beschäftigt waren. Dabei wurde das eigentliche Arbeiterviertel Adlersleben von der Kontrolle noch nicht berührt. In einer Familie wurde festgestellt, daß die vier Kinder Prügel bekommen, wenn sie abends um 11 Uhr am Klebisch einschlafen. Eine andere Heimarbeiterin war stolz darauf, daß ihre neunjährige Tochter pro Tag 1500 und die elfjährige Tochter pro Tag 2000 Lüten zu kleben vermochten. In dieser Familie ist festzustellen, daß diese armen Kinder schon wiederholt morgens um 4 Uhr und noch abends um 11 Uhr notdürftig bekledet am Tische saßen und Lüten klebten. Obwohl in den Schulen schon wiederholt die Kinder gefragt wurden, ob sie zu Hause Lüten kleben, ist doch ein Eingreifen der Behörde noch nicht erfolgt. Vor nicht langer Zeit noch erklärte ein kleines Mädchen, das in der Schule vom Schlafe übermannt wurde, dem Lehrer unter Tränen, daß es bis abends 11 Uhr Lüten geklebt hätte. Wieviel arme Kinder mögen wohl im Laufe der Jahrzehnte Jugendfreude und Gesundheit auf dem Altar der Firma S. C. Bestehorn geopfert haben? An den Millionen der Herren Kommerzienräte Bestehorn kleben die

Tränen und das Jugendglück ungezählter unschuldiger Kinder! Die Firma S. C. Bestehorn kennt die R.-G.-D. sehr genau, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen sich dagegen vergehen. Die Firma unterhält eigens eine Abteilung für Rechtsfragen. Diese Kenntnis der R.-G.-D. versagt aber, wenn es sich um die Interessen der Firma handelt. Der § 135 der R.-G.-D. besagt ausdrücklich, daß Kinder unter 13 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen. Dennoch sieht man täglich unter 13 Jahre alte Kinder, die zur Fabrik kommen und Heimarbeit holen und bringen. Der § 137 a der R.-G.-D. besagt, daß jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, wenn sie die gesetzlich zulässige Arbeitszeit von zehn Stunden im Betriebe geleistet haben, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes überhaupt nicht übertragen werden darf. Für die Firma ergibt diese Bestimmung nicht, denn fast täglich kann man beobachten, daß Arbeiterinnen schwere Pakete mit zu Hause tragen und wieder mitbringen.

Unsere Bemerkung in einer der letzten Versammlungen, daß die Presse am Orte die Lohnbewegung totschweige, veranlaßte nun doch das „Amtliche Organ der Firma S. C. Bestehorn“, den Anzeiger für Adlersleben, sich den Staub etwas von der Brille zu wischen. Eine objektive Schilderung der Bewegung kann man von dieser Zeitung schlechterdings nicht verlangen. So wird denn wieder einmal festgestellt, daß dieser Streik der Arbeiterin durch auswärtige Agitatoren aufgedrängt worden sei. Die Zahl der Streikenden wird auf 150 angegeben. Die andere Hälfte, die zum größten Teil abgereist ist, braucht dieses Organ ja nicht zu sehen, ebensowenig die große Zahl der Heimarbeiterinnen, die die Arbeit eingestellt haben. Konstatiert wird ferner, wenn auch ungewollt, das anständige Betragen der Streikposten vor den Betrieben. Es wird ferner gesagt, im Streikbureau erhielten die Streikenden $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ ihres früheren Verdienstes. Daß die Streikunterstützung in sehr vielen Fällen bald ebenso hoch ist als der frühere Verdienst, braucht der Anzeiger ebensowenig zu wissen. Ein hiesiges Tageblatt, das durch Inserate auf die verbreitete Lügenmär von der Beendigung des Streiks aufmerksam machte und die Behauptung aufstellte, eine Anzahl Versammlungsbesucherinnen haben einen Geschäftsmann, in dessen Familie Streitarbeit gemacht wird, belästigt, veranlaßt den Anzeiger zu schreiben: „Der Winter ist vor der Tür. Die Streikenden werden durch andere neu Hinzuziehende ersetzt und verlieren ihre Arbeitsstelle und ihr Brot. Auch kann die Zeit der Arbeitslosigkeit den Beteiligten keinen Segen bringen, im Gegenteil, sie kann in moralischer Beziehung nur nachteilig wirken.“ Einde Heuchelei, verehrter „Anzeiger“. Wir wollen zunächst noch nicht an Dinge rühren, die die „moralischen Beziehungen“, unter denen die Arbeiterinnen im Betriebe der Firma S. C. Bestehorn zu leiden haben, in einem ganz besonders hellem Licht erstrahlen lassen dürften. Feststellen wollen wir nur, daß die Moral der Arbeiterinnen während des Streiks wohl weit weniger gefährdet ist als sonst. Wenn

es dem „Anzeiger“ oder seinen Inspizienten gefällt, können wir auch auf dieses Thema noch einmal zurückkommen.

Adressenveränderungen.

Kottbus. Aufnahme-Meldungen werden beim Kollegen Ernst Rajenack, „Märkische Volksstimme“, Am Amtsreich 18, entgegengenommen.

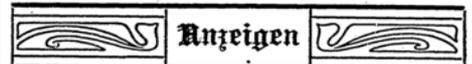
Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Berlin 10 234.50, Bremen 122.82, Chemnitz 192.—, Gera 126.93, Hannover 758.70, Liegnitz 14.25, Mainz 202.15, Osnabrück 41.03 Mk.

Berichtigung. Im Vierteljahrsbericht der Zahlstellen in voriger Nummer steht unter Hannover: Mitgliederzahl 254 und Vorschuß 60,— Mk. Es muß lauten: Mitgliederzahl 454 und 60,— Mk. sonstige Ausgaben.

S. Lodaht.



Anzeigen

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Bahnhalle Leipzig.

Am Mittwoch, den 30. Oktober cr., abends 8 Uhr im Gesellschaftssaale des Etablissements „Volkshaus“, Zeilher Straße 32:

Bunter Abend

bestehend in

Rezitationen, Klavier- und Gesangs-Vorträgen.

Mitwirkende:

Mrl. Elisabeth Ohlsdorf, Vortragskünstlerin — Frau Elise Herzog, Sängerin — Herr Karl Fischer, Schriftsteller (Verfasser von „Soldaten sein schön“) — Herr Jacques Bouff, Klavierspieler.

Einlaß 7 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Programm 15 Pfg. (nur Vorverkauf) bei den Vertrauensleuten, Druckereifaktoren und im Verbandsbureau

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 17. d. Mts. unser langjähriges Mitglied, die Anlegerin

Frau Marie Delling

im Alter von 27 Jahren im Wochenbett verstorben ist.

Ein ehrendes Gedenden bewahrt ihr die Bahnhalle Nürnberg-Kürth.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Ordentliche Generalversammlung

am Donnerstag, den 7. November 1912, abends pünktlich 8 Uhr im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1913—1915 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für das Jahr 1913.
3. Antrag des Vorstandes: Die Generalversammlung möge beschließen, bei dem Versicherungsamt Berlin zu beantragen, unsere Kasse als besondere Ortskrankenkaasse zuzulassen.
4. Wahl einer Kommission für die Abänderung des Kasstatuts.
5. Beschlußfassung über Erwerb von Grundeigentum.
6. Verschiedenes.

Berlin, den 15. Oktober 1912.

Der Vorstand.

Johannes Blenz, Vorsitzender.

Otto Wunthki, Schriftführer.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 43.

Berlin, den 26. Oktober 1912.

18. Jahrgang.

Ein Krankenkassenverband gegen die Sozialdemokratie.

Am 29. September hat sich eine sehr gemischte Gesellschaft in Köln zusammengefunden. Der ganze Krähwinkel Landsturm war aufgebodet, um Rats zu pflegen, wie dem Drachen Sozialdemokratie zu Leibe gegangen werden kann. Das Ergebnis war der Beschluß, einen blau-schwarz-gelben Krankenkassenverband zu gründen als Konkurrenzorganisation gegen den großen Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, der etwa 400 Krankenkassen mit mehr als vier Millionen Mitgliedern umfaßt. Dieser Hauptverband vertritt ausschließlich die Interessen der Krankenkassen und ihrer Mitglieder, für parteipolitische oder religiöse Sonderbestrebungen ist in ihm kein Raum. Deshalb können in ihm auch Angehörige der verschiedensten politischen Parteien einträchtig und erfolgreich zusammenarbeiten. Aber der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen hat in den Augen gewisser Leute einen schwerwiegenden Mangel: sein Vorsitzender ist ein Sozialdemokrat, der Vizepräsident des sächsischen Landtages, Abgeordneter Fräßdorf. Deshalb muß der Einfluß dieser Organisation geschwächt werden durch eine Zersplitterungsaktion.

Bezeichnenderweise ist die Anregung zu der neuen Gründung von den wütendsten Scharfmachern ausgegangen. In ihrer Nr. 34 vom 25. August brachte die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ einen Artikel, in welchem unter Hinweis auf die Beschränkung der Rechte der Arbeiter in den Ortskrankenkassen durch die Reichsversicherungsordnung den Arbeitgebern empfohlen wird, den Wahlen zu den Kassen ein größeres Interesse entgegenzubringen, um so der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. In Zusammenhang damit kommt der Artikel auf den Hauptverband der Ortskrankenkassen zu sprechen, der gleichfalls unter der Leitung der Sozialdemokratie stünde; dann fährt er fort:

„Es wäre auch an der Zeit, wenn von berufenen Stellen erwogen würde, ob es nicht angebracht ist, schon in dieser Zeit diejenigen Ortskrankenkassen, deren Leitung und Verwaltung im vaterländischen Sinne geschieht, in einen Verband zusammenzuschließen. Zunächst käme es darauf an, daß sich die Verbände der christlichen und nationalen Arbeiter- und Angestelltenvereine hierüber schlüssig werden und die Gründung mit Entschiedenheit betreiben. Die Arbeitgeber und ihre Verbände würden sicherlich diese Bestrebungen tatkräftig fördern.“

Der gleiche Artikel hat übrigens vorher in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gestanden. Von dort hatte ihn die christliche „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ in ihre Nr. 33 übernommen und die darin gegebenen Anregungen mit lebhafter Freude begrüßt. Das christliche Blatt trug dabei noch extra ein Scheiteln zu dem Holzstoß herbei, auf welchem der „sozialdemokratische“ Ortskrankenkassenverband verbrannt werden sollte. Die „Westdeutsche“ schrieb damals:

„Der Radikalismus im Zentralverband trägt auch die Schuld, daß bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung die Ortskrankenkassen ziemlich ohne Einfluß geblieben sind; der Verband erhob zum Teil unerfüllbare Forderungen und suchte sich seine Anwälte vornehmlich auf der Linken des Reichstages, die zwar in Neben und Anträgen sich überbot, aber bei der praktischen Mitarbeit sich selbst ausschaltete.“

Das ist ein Musterbeispiel christlicher Verbundungsstunde. Lausache ist, daß der Ortskrankenkassenverband bei der Reichsversicherungsordnung im großen und ganzen die gleichen Forderungen vertrat, die auch der Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Köln im Jahre

1909 erhoben hatte. Im Reichstag hat aber die politische Vertretung der christlichen Gewerkschaften, das Zentrum, die Forderungen der christlichen Gewerkschaften schmählich verraten, diese wurden nur von den Sozialdemokraten vertreten. Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß war es der Arbeitersekretär Becker, Reichstagsabgeordneter für Arnberg, der über die Reichsversicherungsordnung referierte und, wie es jetzt heißt, „zum Teil unerfüllbare Forderungen“ erhob, die der Kongreß einstimmig zu den seinen machte. Im Reichstag, wo es galt, den Forderungen des christlichen Gewerkschaftskongresses Anerkennung zu verschaffen, hat derselbe Becker alle diese Forderungen niederstimmen helfen. Und als er auf sein widerspruchsvolles Verhalten festgenagelt wurde, da erklärte dieser Musterfnabe, es war in der Sitzung des Reichstages vom 5. Mai 1911:

„Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß habe ich nicht als Zentrumsabgeordneter gesprochen, sondern als Mitglied der christlichen Gewerkschaften. Ich habe damals auch von dem ersten Regierungsentwurf gesprochen und gleich gesagt, unsere Anschauungen werden sich ändern, je nachdem wie die Haltung der Regierung sich ändert.“

Angeichts der gegen den Ortskrankenkassenverband einsetzenden Heße, die gerade von den Christen mit besonderem Eifer betrieben wird, ist es zweckmäßig, diese Dinge in Erinnerung zu bringen, welche die christliche Moral treffend beleuchten.

Die Anregung zur Gründung der neuen Krankenkassenzentrale ist also von den Scharfmachern gegeben worden, und der christliche Sekretär Waltrusch, der auf der Versammlung als Mundstück der Scharfmacher die Notwendigkeit und Möglichkeit der Gründung darlegte, hat gut christlich gesunkert, als er ausführte, daß die Anregung aus den Reihen der Mitglieder und Beamten der christlichen Arbeiterschaft und aus den Reihen der „nationalen“ Vorstandsmitglieder, Rentanten und Vertreter deutscher Ortskrankenkassen gekommen sei, die der sozialdemokratischen Vorherrschaft im Hauptverband der Ortskrankenkassen überdrüssig sind. Die Scharfmacher haben gerufen und alle, alle kamen. In erster Linie natürlich die Christen, die sich als Macher vons Ganze aufspielten. Sie stellten auch in Herrn Behrens den Vorsitzenden und in dem bereits genannten Herrn Waltrusch den Hauptreferenten der Versammlung. Neben ihnen waren Vertreter von konfessionellen Arbeitervereinen, von Kirch- und Dunderischen und gelben Gewerkschaften und deutschnationalen Vereinen anwesend. Außerdem waren auch zahlreiche Vertreter von Unternehmerorganisationen und Abgeordnete von verschiedenen bürgerlichen Parteien erschienen. Auch der famose Herr Becker-Arnberg war gekommen, ob als Mitglied der christlichen Gewerkschaften oder als Zentrumsabgeordneter hat er leider nicht erklärt. Der Vorsitzende konnte mitteilen, daß von sämtlichen bürgerlichen Fraktionen des Reichstags Schreiben eingegangen seien, in denen das Zustandekommen eines nationalen Krankenkassenverbandes begrüßt wird. Ein neuer Beweis dafür, daß im Kampf gegen die wahren Interessen der Arbeiter der ganze bürgerliche Herdamm zusammensteht und alle trennenden Momente vergift.

Nach dem Referenten kamen eine ganze Reihe von Rednern aus den verschiedensten Lagern zum Wort. Unter anderen auch Herr Schumacher von den Kirch- und Dunderischen Holzarbeitern. Dieser Herr, der die Rückentwicklung seiner Organisation so erfolgreich leitet, bedauerte, daß bisher der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft im Krankenkassenwesen nichts zu sagen gehabt habe.

Er hält es geradezu für ein Bedürfnis, daß die Anhänger der verschiedenen, auf nationaler Grundlage stehenden politischen Parteien auf wirtschaftlichem Gebiete einig vorgehen. Man kann den Hirschenführern den Schmerz nachfühlen, daß ihre paar Männelens nicht nur im Krankenkassenwesen, sondern überhaupt in öffentlichen Angelegenheiten nichts oder so gut wie nichts zu sagen haben. Wenn sie glauben, unter den christlichen Fittichen besser zu fahren, dann wünschen wir ihnen viel Glück zu der Reise.

Es wurde schließlich beschlossen, einen „Verband deutscher Krankenkassen“ zu gründen, dem nicht nur Ortskrankenkassen, sondern auch Betriebs-, Innungs-, Land- und Erbkassen beitreten können. Es wurde ein vorläufiger Vorstand mit den Herren Behrens und Waltrusch an der Spitze gewählt. Auch sollen der Organisation sofort 41 Krankenkassen mit nahezu einer Viertelmillion Mitglieder beigetreten sein. Bei der einflussreichen Gönnerschaft, der sich die neue Krankenkassenorganisation erfreut, ist anzunehmen, daß sie bald an Ausdehnung gewinnen wird. Aber ob diese Zersplitterung der Organisation den Kassenmitgliedern zum Vorteil gereichen wird, ist eine andere Frage. Man braucht sich nur den Ursprung der Gründung zu vergegenwärtigen, um sich über die Ziele klar zu werden, die sie verfolgen wird.

Korrespondenzen.

Hannover. Mitglieder-Versammlung am 15. Oktober. Nach Verlesung des Protokolls, wogegen kein Widerspruch erhoben wurde, gab Kollege Spatull die Abrechnung vom Stiftungsfest bekannt, wonach ein Ueberschuß von 31,10 Mk. vorhanden war. Hierauf wurde die Abrechnung vom dritten Quartal verlesen. Für die Hauptkasse betrug die Einnahme an Eintrittsgeldern 16,10 Mk., an 4956 Beitragsmarken 2199,70 Mk. und für 161 Streikmarken 22,10 Mk., in Summa 2237,90 Mk. Die Ausgabe betrug 1479,20 Mk., so daß noch 758,70 Mk. an die Hauptkasse gesandt wurden. Unter den Ausgaben befinden sich folgende wichtige Posten: Für Arbeitslose 301,85 Mark, für Kranke 277,80 Mk., für Streikende 104,72 Mk., für Wäschrinnen 40 Mk. und Extrunterstützung 10 Mk. Die Abrechnung der Ortskasse ergab folgendes Resultat: Einnahme inkl. Kassenbestand vom vorigen Quartal 1793,98 Mk., Ausgabe 543,32 Mk., bleibt ein Kassenbestand am 1. Oktober 1912 von 1250,66 Mk. Dieser Bestand konnte trotz der großen Ausgaben nur durch den guten Abschluß unseres Sommer- und Stiftungsfestes erzielt werden. Unsere Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild: Bestand am Ende des zweiten Quartals 209 männliche und 245 weibliche Mitglieder; eingetreten im Quartal 16 männliche und 43 weibliche Mitglieder; ausgetreten resp. gestrichen, abgereist und übergetreten 19 männliche und 34 weibliche Mitglieder; Bestand am 1. Oktober 1912 206 männliche und 254 weibliche Mitglieder, somit ein Mehr gegen voriges Quartal von 6 Mitgliedern. Arbeitslos waren 20 männliche Mitglieder 286 Tage, 22 weibliche 438 Tage, zusammen 42 Mitglieder 724 Tage. Krank waren 18 männliche Mitglieder 394 Tage, 46 weibliche 990 Tage, zusammen 64 Mitglieder 1384 Tage. Kollege Seidenfäcker als Redaktor gab die Erklärung ab, daß sämtliche Bücher und Belege sowie die Kasse in bester Ordnung seien, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Zum Punkt Agitation ergriff Kollege Spatull das Wort, um den Mitgliedern die Notwendigkeit der Mitarbeit vor Augen zu führen. Vor allen Dingen sei es notwendig, alle Veranstaltungen, Mitglieder- oder Druckereibesammlungen zu besuchen resp. mitzuhalten, Aufführung unter die Kollegenschaft zu bringen, um auf diese Weise unsere Mitgliederzahl zu erhöhen. Dies könne aber nur geschehen, wenn ein jeder seine Pflicht täte. Weiter empfiehlt er, dem Vorstande die Adressen von Unorganisierten mitzutheilen, damit diese vom Vorstande im Hause aufgesucht werden könnten. Unter „Verschiedenes“ wurde noch darauf hingewiesen, daß

unsere Weihnachtsfeier am Sonntag, den 22. Dezember, im Ruppels Gesellschaftshaus stattfinden wird. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Die Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband ist von der Verbandsleitung beschlossen worden. Die Verbandsleitung stand der Frage bisher ablehnend gegenüber, weil zu große Schwierigkeiten zu überwinden seien. Erhebungen haben jedoch die Bedenken zerstreut, und jetzt ist den Mitgliedern eine Vorlage zur Besprechung unterbreitet worden, die unter dem Titel „Erwerbslosen-Unterstützung“ außer der bereits seit dem Jahre 1904 gezahlten Unterstützung in Krankheitsfällen eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit im Orte und auf der Reise vorsieht. Die Unterstützung soll solchen arbeitslosen Mitgliedern gewährt werden, die mindestens zwei Jahre dem Verbandsangehörigen, die Karenzzeit beträgt sechs Tage, die Dauer der Unterstützung acht Wochen oder 48 Tage innerhalb 52 Wochen. Wie die Unterstützung, so ist auch die Beitragspflicht obligatorisch. Die Unterstützung richtet sich nach der Höhe der geleisteten Beiträge und nach der Dauer der Zugehörigkeit zur Organisation und bezieht sich für Ortsunterstützung auf täglich 1,20 Mk. bis 1,85 Mk. Reisende Arbeitslose erhalten bis zu 1 Mk. täglich und eine Reisebeihilfe bis zu 3 Mk. für eine zusammenhängende Fahrt. Nach statistischer Berechnung wird bei dem gegenwärtigen Mitgliederbestande von 360 000 die Summe der jährlich zu zahlenden Arbeitslosenunterstützungen rund 3 Millionen Mark betragen. Ein im Januar in Berlin stattfindender Verbandstag wird über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu beschließen haben. Es ist sicher, daß die Annahme einstimmig erfolgen wird.

Städtische Arbeitslosenversicherung in Cassel. Ueber die Arbeitslosenversicherung wurde kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung in Cassel eine bemerkenswerte Debatte geführt. Vor drei Jahren, gelegentlich einer Auseinandersetzung über das Steigen des Armen-Etats wurde von sozialdemokratischer Seite auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der kommunalen Arbeitslosenversicherung hingewiesen und daraufhin eine Kommission eingesetzt, die die Möglichkeit der Versicherung für Cassel prüfen sollte. Als die Kommission jetzt Bericht erstattete und ihre Auflösung beantragte, weil die Versicherung undurchführbar und mit Rücksicht auf den Beschluß des Städtetages zu Kassen auch nicht geboten sei, ist dagegen auch von bürgerlicher Seite lebhaft Widerspruch erhoben worden. Man sagte, die außerordentliche Wichtigkeit der Arbeitslosenversicherung müsse Veranlassung sein, den Gedanken der Arbeitslosenversicherung weiter zu verfolgen, besonders, da das Eingreifen von Staat oder Reich noch weit im Felde liege. Der Antrag der Kommission wurde schließlich abgelehnt und ihr Weiterarbeit aufgetragen in der Richtung, zuverlässiges Material zur Beurteilung der Frage zu beschaffen, ob in Cassel die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung möglich ist, auf welchem Wege und unter welchen Aufwendungen.

Ein verurteilter Streikbrecher. Im Frühjahr d. J. brach in der Waggonfabrik in Görlitz ein Streik aus, bei dem auch die Streikbrecherfirma Kasmarek-Berlin durch Lieferung gewerbsmäßiger Streikbrecher mitwirkte.

Unlängst hatte sich in Görlitz vor der Strafkammer des Landgerichts ein solcher Schlichter der Unternehmer wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. In der Nacht zum 3. Juni zogen „Kasmareks“ durch die Hauptverkehrsstraße von Görlitz; ein Krawall artete bald in eine Straßenschlacht aus; der Angeklagte zog den Revolver und schoß blindlings auf seine Kollegen, von denen drei verletzt wurden. Für seine Schieberei wurde dem angeklagten Nowby, einem Tischler Lorenz Mullah ohne festen Wohnsitz, von seinen wütend gewordenen Kumpanen der Schädel aufgeschlagen. Die Strafkammer verurteilte ihn jetzt noch wegen gefährlicher Körperverletzungen zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis.

Australischer Buchdrucker-Tarif. Wie die „Buchdrucker-Woche“ mitteilt, hat der Staatskanzler des Staates Victoria (Südaustralien) den von einem besonderen Ausschuss von Amts wegen festgesetzten (also nicht vereinbarten) Tarif für das Buchgewerbe, der mit dem 15. Juli d. J. in Kraft getreten ist, veröffentlicht. Wir geben daraus die uns interessierenden Bestimmungen auszusagen:

weise wieder. Die Arbeitszeit ist für Wert- und Holzdruckereien auf 48 Stunden, für Zeitungsdruckereien auf 42 Stunden wöchentlich begrenzt. Das Minimum beträgt für Handsetzer, Drucker und Stereotypsetzer 3 Pfd. St. (61,35 Mk.) wöchentlich bzw. 1,25 Mk. die Stunde im Weichbild der Hauptstadt Melbourne, außerhalb 2 1/2 Pfd. St. (47 Mk.) bzw. 1,16 Mk. Handsetzer im Berechnen wird in Melbourne mit 1,10 Mk. das Tausend Ens für alle Regel von 5 1/2 bis 12 Punkte bezahlt, auswärts mit 1 Mk. Anleger und Hilfsarbeiter erhalten je nach ihrem Alter 10 bis 42 Mk., weibliche 6 bis 22 Mk. Maschinensetzer in Wertdruckereien (42 Arbeitsstunden wöchentlich) erhalten in Melbourne 3 1/2 Pfd. St. (71,50 Mk.) wöchentlich oder 1,75 Mk. die Stunde für Tagesarbeit, für Arbeit nach Mitternacht 4 1/2 Pfd. St. (85,80 Mk.) wöchentlich bzw. 2 Mk. die Stunde. Außerhalb Melbournes beträgt das Minimum 3 1/4 Pfd. St. (66,50 Mk.) wöchentlich bzw. 1,50 Mk. die Stunde. Im Berechnen wird gezahlt: an Zeitungsdruckmaschinen 3 1/2 Pence (29 Pf.) für das Tausend Ens in Melbourne, 3 1/4 Pence (27 Pf.) außerhalb, an Monotype-Apparaten 3 Pence (25 Pf.). Maschinensetzer in Zeitungsdruckereien erhalten im Berechnen 3 Pence (25 Pf.) für das Tausend Ens bei Tagesarbeit, 3 1/2 Pence (29 Pf.) für Arbeit nach Mitternacht im Stadtbezirk Melbourne, außerhalb 3 bzw. 3 1/4 Pence (25 bzw. 27 Pf.). Das Minimum der Korrektoren beträgt im Stadtbezirk Melbourne 3 1/2 Pfd. St. (75 Mk.) wöchentlich für Tagesarbeit, 3 1/2 Pfd. St. (79 Mk.) für Arbeit nach Mitternacht; außerhalb Melbourne beträgt ihr Minimum 65 Mk. bzw. 69 Mk. wöchentlich. — Lehrlinge dürfen im Verhältnis von 1:3 vollgehaltener Gesellen gehalten werden; ihre Lehrzeit und Bezahlung ist leider nicht angegeben.

Kleine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationalen. Belgien. Wie die liberale belgische Regierung die Enthüllungen über den Konigo zu verhindern sucht, weist der „Etoile du Congo“ an einem Telegramm nach, daß die Regierung im August 1911 an die Kongobehörden sandte: „Lohnarbeiterlöhne herabsetzen, damit sie nicht nach Europa zurückkehren können.“ Und trotzdem will es nicht mehr gelingen, die nötigen Arbeiter für den Konigo anzuzuerwerben. Die Enthüllungen der Sozialisten in der Kammer haben das für immer verdorben. — Die belgischen Eisenbahner sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Verfürzung der Arbeitszeit, Anerkennung des vollen Koalitionsrechts, Lohnerhöhung entsprechend den gesteigerten Lebensmittelpreisen und der gesteigerten Kraftausnutzung der Eisenbahner, wöchentlicher Ruhetag, jährlich 14 Tage Urlaub usw. Wenn auch bei der herrschenden Reaktion in Belgien die Erfüllung aller Wünsche nicht leicht erreichbar sein wird, zeigen doch die Eisenbahner in Belgien, England, Italien, Spanien ein ziemliches Quantum mehr Mut als ihre — deutschen Kollegen.

Chile. Auch an der fernen Westküste Südamerikas hat die moderne Arbeiterbewegung ihren Einzug gehalten, wie das sozialistische Wochenblatt beweist, das seit einiger Zeit in Chile erscheint. Die dortigen Gewerkschaften folgten bisher der demokratischen Partei, doch haben sie sich kürzlich in mehreren Städten endgültig von dieser getrennt, um eine sozialistische Partei zu gründen.

England. Der Kongreß der Eisenbahner sprach sich für den Zusammenschluß mit den beiden anderen Organisationen im Eisenbahnbetriebe aus, doch wurde ein Antrag auf Anschluß an den neuen Transportarbeiterverband als verfrüht zurückgezogen. Eine Resolution, die sich für die Grundzüge des Sozialismus erklärt und eine konzentrierte Organisation der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete empfiehlt, fand mit 40 gegen 8 Stimmen Annahme. — Im Unterhause interpellierte der Sozialist O'Grady den Minister, ob ihm bekannt sei, daß die kürzlich durchgeführten in Belfast von den Unionisten auch zum Zwecke herbeigeführt wurden, um die Zerstückelung der Gewerkschaften in katholische und protestantische Gruppen zu erzielen. — Das Organ des englischen Postangestelltenverbandes fordert die Gewerkschaften auf, recht oft und umfangreiche Studienreisen in andere Länder für ihre Mitglieder zu organisieren, als das beste Mittel zur Förderung der Friedensbestrebungen. — Eine Konferenz des Citigunungsamts für die gesamte englische Kohlenindustrie, bei der ein Antrag der Arbeiter auf fünf Prozent Lohnerhöhung vorlag, beschloß, beiden Seiten zu empfehlen, daß die Anfang 1909 in Kraft getretene fünfprozentige Lohnerhöhung wieder rückgängig gemacht werde.

Frankreich. Die Pariser Kohlenarbeiter mußten ihren Kampf aufgeben, da die Zahl der Arbeitswilligen rasch stieg; doch hoffen sie, durch Verhandlungen einige Konzessionen zu erzielen. — Die 2000 streikenden Hafnarbeiter in Havre mußten den Streik abbrechen, um ihn zu gelegener Zeit wieder aufzunehmen. — 420 Mechaniker in etwa 100 Fabriken traten in den Streik, um 4 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, doppelte Bezahlung für Überstunden und den zehntägigen (1) Arbeitstag zu erringen. — Die französische gewerkschaftliche Landeszentrale beschloß am 15. Oktober, sich mit den Gewerkschaften aller Länder zu gemeinsamer Agitation und Demonstration gegen die Gefahr eines europäischen Krieges in Verbindung zu setzen.

Oesterreich. Die Arbeiter-Zeituna wies dem „Weißen Kreuz“, einer unter hohem Protektorate stehenden Organisation zur Unterbringung der Militärrentner, nach, daß sie systematisch Streikbrechervermittlung betreibt. Da einige Stellen des fraglichen Artikels konstatiert wurden, hatte die sozialdemokratische Fraktion Gelegenheit, den Kriegsminister zu interpellieren, wobei natürlich der Originalartikel vorgelesen wurde, sodaß er im Verhandlungsbericht doch voll veröffentlicht werden konnte. Die Blamage des Kriegsministers und seiner Schützlinge wurde zu weiblich erhöht. — Der vor zwei Jahren von den Gewerkschaften gegründete Dienstmädchenverein beginnt jetzt, nachdem die ersten Schwierigkeiten überwunden sind, sich schneller zu entwickeln. Er gibt seit kurzem ein eigenes Monatsorgan, „Die Einigkeit“, heraus und ist dabei, in der Provinz Ortsgruppen ins Leben zu rufen. Die Mitglieder zahlen ein Eintrittsgeld von 40 Pf. und einen Monatsbeitrag in gleicher Höhe, wofür ihnen auch die Benutzung des eigenen, kostenlosen Arbeitsnachweises zusteht. — Ueber die finanzielle Festigung der österreichischen Zentralgewerkschaften teilt der soeben veröffentlichte Bericht des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich mit, daß der Vermögensstand der auf 421 905 Mitglieder angewachsenen Verbände von 11 877 344,99 Kr. auf 13 145 274,37 Kr. gestiegen ist. Außerdem besitzen die Zentralgewerkschaften noch einen separat verwalteten Streikfonds von 4 698 898,03 Kr. Der Stand des obligatorischen Solidaritätsfonds für große Kämpfe wird natürlich nicht veröffentlicht. Das Verbandsvermögen ohne Streikfonds beträgt, auf den Kopf des einzelnen Mitgliedes berechnet, 31,15 Kr. Die Nationalität der Mitglieder läßt sich ungefähr aus der Abnahme der Fachblätter in der betr. Sprache feststellen. Danach dürften auch jetzt noch gegen 70 000 tschechische Arbeiter in den Zentralverbänden stehen.

Schweiz. Zu einem immer beliebteren und erfolgreicheren Mittel, die Organisierung der Arbeiterinnen zu fördern, gestalten sich die Frauenkonferenzen, die jetzt in allen Teilen des Landes veranstaltet werden und die von Zeit zu Zeit wiederholt werden sollen. Gewöhnlich finden sie an einem Sonntage statt unter Beteiligung möglichst vieler Delegierten, die durch gute Vorträge ihr Wissen bereichern.

Spanien. In Corogna streikten die Hafnarbeiter um eine Lohnerhöhung, in Andaloufen 530 Bergarbeiter wegen der Minderregelung eines Kollegen. — Am 15. Oktober legte der Minister der öffentlichen Arbeiten dem Parlament den verprochenen Gesetzesentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Eisenbahner vor. Der Entwurf sieht einen Kollektivvertrag zwischen Eisenbahngesellschaften und Arbeitern, sowie obligatorisches Einigungs- und Schiedsgerichtsverfahren vor.

Bereinigte Staaten. In Chicago droht ein neuer Konflikt in der Bekleidungsbranche auszubrechen, an dem rund 50 000 Beschäftigte beteiligt sein würden, weil die Unternehmer 300 Damenschneider ausfüberten. — Eine Konferenz der drei Organisationen der Herren-, Damenschneider und Konfektionsarbeiter sprach sich für die Verschmelzung aus. Die Hauptquartiere sollen sojaleich in dieselbe Stadt verlegt und dann der baldige Zusammenschluß herbeigeführt werden. Die neue Organisation würde über 100 000 Mitglieder zählen. — Auf den riesigen Weinfeldern in Kalifornien verlangen die japanischen Arbeiter 2 1/2, statt wie bisher 2 Dollar Tagelohn. Da die Unternehmer halbstarrig sind, kann die ganze Weinernte verloren gehen. — Anfang November wird der Gewerkschaftsbund seine Jahres-Versammlung in Rochester im Staate New York abhalten. Nach dem Berichte des Vorstandes ist die Mitgliederzahl wie folgt gestiegen: 1900: 548 231; 1905: 1 494 300; 1910: 1 562 112; 1911: 1 761 835; 1912 über 1 800 000.